

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 100 Goldmark, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mark, bei Vorbestellung 10 Goldmark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die „Sachsen-Zeitung“ enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.

Nr. 95 — 83. Jahrgang.

Verl.-Nr. 1 „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Vertriebs-Nr. Dresden 2810

Mittwoch 23. April 1924

Geeignete Grundlagen?

Von besonderer Seite wird uns über die verschiedenen Meinungsäußerungen zu den Sachverständigengutachten über die deutschen Reparationen geschrieben:

Vier Monate hindurch haben die Sachverständigenkommissionen gearbeitet und beraten, haben angenommen und verworfen, teils aus Überzeugung, teils aus politischem Druck — und was herausgekommen ist, findet natürlich auf keiner Seite restlose Zustimmung. Zwar haben die englische wie die deutsche Regierung erklärt, daß sie den Sachverständigenbericht als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen betrachten, aber deutscherseits wird der Hauptton auf „weitere Verhandlungen“ gelegt. Vielleicht hätte dieser Ton gleich in der deutschen Antwort stärker zum Ausdruck gebracht werden müssen, weil wir uns sonst vielleicht wieder der Gefahr aussetzen, später etwas verworfen zu müssen, was wir als Grundlage angenommen haben. Es hätte vielleicht von vornherein scharf betont werden müssen, daß bei diesen Verhandlungen in der Folgezeit eben nicht nur die wirtschaftliche Entscheidung der Sachverständigen, sondern darüber hinaus die politischen Konzeptionen Frankreichs und Belgiens auf dem Rhein-Ruhr-Gebiet die Grundlage abgeben haben.

Das ist allerdings von Dr. Schaft und Dr. Marx, von Stresemann und anderen verantwortlichen Persönlichkeiten aberall hin verkündet worden, aber nicht der Reparationskommission gegenüber als selbstverständliche Bedingung festgelegt worden. Wenn auch soeben wieder das Kabinett zum Ausdruck bringt, daß die wirtschaftlichen und politischen Fragen unter keinen Umständen voneinander getrennt werden dürfen, daß überhaupt die Lösung gerade der politischen Fragen die endgültige Zielsetzung Deutschlands stark beeinflussen werde, daß also der französische Standpunkt, von Deutschland alle wirtschaftlichen Forderungen, in allen politischen Forderungen Deutschland gegenüber freie Hand zu behalten, so hätte die Ablehnung derartiger Annahmen von vornherein mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erfolgen müssen. Hat doch Poincaré ganz glatt in seiner letzten Rede erklärt, daß Frankreich die militärische Befestigung des Ruhrgebietes aufrecht erhalten wolle. Er spart auch nicht mit anderen Drohungen.

Jedenfalls hat die Reparationskommission beschlossen, sich auf den Boden des Sachverständigengutachtens zu stellen, die deutsche Antwort zur Kenntnis zu nehmen und die Annahme des Berichtes der alliierten Regierungen zu empfehlen. Auf der anderen Seite hat man aber von Deutschland die Ernennung von Ausschussmitgliedern ebenfalls verlangt wie den Erlaß von Gesetzen und Verordnungen, die die vollständige Ausführung der Sachverständigenberichte sichern sollen. Das heißt natürlich nichts anderes, als daß wir die Bestimmungen des Berichtes ohne Sicherstellung der von uns verlangten politischen Lösung abgelehnen sollen. Und das geht natürlich noch viel weiter, zumal da sich die Stimmen gegen die Erfüllungsmöglichkeit der Sachverständigenvorschläge mehren.

An und für sich wäre die Beantwortung der Frage, ob wir den Zahlungsplan der Sachverständigen — nach Erfüllung der von diesen selbst angegebenen Voraussetzungen — für erfüllungsmöglich halten oder nicht, eine Frage rein wirtschaftlich-finanzieller Erwägung. Diese Erwägung wird natürlich dadurch außerordentlich schwierig, weil die Erfüllungsmöglichkeiten von wirtschaftlichen Entwicklungen der Zukunft abhängen, aber die man naturgemäß sehr verschiedener Ansicht sein kann. Jedenfalls ist aber die Erwägung ganz außerordentlich schwierig, jedenfalls viel zu schwierig, als daß man schon ein paar Stunden nach Eintreffen des Berichtes über seine Annahme und Ablehnung sich schlüssig werden konnte, besonders da uns zunächst nur sehr fragmentarische Auszüge bekannt wurden. Die Selbstverständlichkeit, mit der aber sofort die Annahme empfohlen wurde, ist der zweite Punkt, in der unsere politisch-diplomatische Situation von vornherein geschwächt wurde, so sehr, daß die Reparationskommission uns gegenüber mit einer geradezu ersticklichen Hast verfährt, verfahren kann, ohne über die Behandlung der uns so wichtigen politischen Fragen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit auch nur ein Wort zu verlieren.

Wird aber die Erfüllungsmöglichkeit des Zahlungsplans in eingehender Untersuchung nicht außer jeden Zweifel gestellt, so stehen wir binnen kurzem wieder vor der Notwendigkeit, etwas nicht erfüllen zu können, was wir unterworfen haben. Das alles sind völlig überparteiliche Erwägungen rein wirtschaftlicher Art, über die man innerhalb der Parteien wohl zu verschiedenen Urteilen kommen kann.

Am was geht es?

Von Reichsminister Dr. Jares.

Schon jetzt macht sich eine gewisse Gefahr bemerkbar, daß in der Hitze des Wahlkampfes aus taktischen oder persönlichen Gründen Einzelheiten und Teilprobleme allzustark in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gehoben werden und daß darüber der Sinn für die großen Grundzüge des letzten Wahlproblems überhaupt verloren geht.

Die Vorbehalte und Folgerungen der Franzosen.

Paris, 22. April. Nach dem Matin wird die französische Regierung im Laufe des heutigen Tages den Brief veröffentlicht, mit dem sie der Reparationskommission den Empfang der beiden Sachverständigenberichte vom vergangenen Sonnabend bestätigt. Daily Mail behauptet, daß der Brief Poincarés die nachstehenden Punkte enthalte: 1. Die französische Regierung stimmt den Sachverständigenvorschlägen im ganzen zu und schließt sich ihnen vollständig an, wie die übrigen alliierten Regierungen es tun. 2. Nachdem die Sachverständigen der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß der Plan von der Reparationskommission oder von den Regierungen oder von beiden vervollständigt werden müsse, wünscht Herr Poincaré, daß die Reparationskommission mitteilt, welche Punkte von den Regierungen und welche von ihr selbst vervollständigt werden müssen. 3. Bedor Frankreich und Belgien zu einem Austausch ihrer Pfänder gegen allgemeinere aufgefördert werden können, müsse nach Auffassung Poincarés, die Goldnotenbank bereits in Tätigkeit getreten und weiter die Eisenbahnorganisationen gebildet und die industriellen Schuldverschreibungen übernommen worden sein. Außerdem müsse als eine weitere Vorbedingung der Reichstag die notwendigen Gesetze erlassen und angenommen haben. 4. Teilt die französische Regierung in dem Briefe mit, daß einer Abänderung des gegenwärtigen Regimes ein internationales Abkommen hinsichtlich der Strafmaßnahmen, die im Falle deutscher Verfehlungen ergriffen werden sollen, vorausgehen müsse.

Immer neue Ausweisungen

Speyer, 22. April. Die Franzosen haben den Kollisionsfall Seitelmeier aus Speyer mit seiner Familie aus der Pfalz ausgewiesen und ihn sofort durch französische Gendarmen über den Rhein geschickt. Seitelmeier war im April 23. weil er während des passiven Widerstandes den französischen Besatzern nicht nachgegeben war, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, Ende März d. J. aber begnadigt worden. Der Grund der heutigen Verhaftung ist nicht bekannt.

Volksaufstand in Bagdad.

Paris, 22. April. Aus Bagdad wird den hiesigen Blättern gemeldet, daß gegen England und Mesopotamien ein großer Volksaufstand im Gange sei.

Diese Grundzüge jedoch dürften bei aller Schärfe des Kampfes nicht aus den Augen verloren werden. Hoch über den Einzelforderungen der einzelnen Parteien steht als das Allgemeinut jedes Deutschen, das auch das Allgemeinut aller Parteien bleiben muß, das Bewußtsein, um was es eigentlich bei den kommenden Reichstagswahlen geht. Es geht, kurz gesagt, um nichts Geringeres, als um die Erhaltung und Festigung der deutschen Kultur, jenes Begriffes also, um dessen willen der Deutsche erst den Wert, Deutscher zu sein, mit lebhaftem Stolz fühlt.

Diese deutsche Kultur, die vor dem Kriege vor der ganzen Welt und auch von den uns jetzt feindlich gesinnten Nationen, willig anerkannt wurde, ist nach dem Kriege schweren Bedrohungen ausgesetzt gewesen. Vom Osten her hat sich mit ungeheurer Wucht jener große Ideenstrom über das gesamte mittlere und westliche Europa ergossen, den wir unter dem Begriff Bolschewismus zusammenfassen gewohnt sind. Es hat sich herausgestellt, daß die Verwirklichung dieses Begriffes wie sie, teilweise wenigstens und wahrheitsgemäß verübertend, in Rußland erreicht worden ist, für deutsche Verhältnisse nicht paßt. Taktische Verzüge wie der Einsatz in Rügen wären nie so katastrophal zusammengebrochen, hätten nie eine so harte Gegenwirkung hervorgerufen, wenn ihnen tatsächlich eine in deutschem Boden und deutschem Kulturleben wurzelnde Kraft entgegengekommen hätte. Die Gefahr des Bolschewismus kann als überwunden gelten, obwohl die deutschen Kommunisten unter eingehendem Antrieb der kommunistischen Internationale immer wieder versuchen, die mühsam gewonnene Konsolidierung Deutschlands zu unterhöhlen. Es wird ihnen nicht gelingen. Denn noch ist der Lebenswille des deutschen Volkes allzeitig und selbstbewußt, als daß er sich von einer vielleicht gigantischen, aber feindlichen Welle völlig fremden Aufbaus ...

Auch aus dem Westen droht der deutschen Kultur ein starker Ansturm. Franzosen und Belgier sind es, die sich mit politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln bemühen, deutsches Kulturleben aus Rheinland und Westfalen zurückzudrängen und ihrer eigenen Lebens- und Weltanschauung zu Einfluß und Macht zu verhelfen. Man spricht so viel von einem politischen und ethnographischen Gegensatz zwischen Rheinländern und dem übrigen Deutschland, man ist sogar soweit gegangen, zu sagen, die Rheinländer seien halbe Franzosen. Gewiß haben die Rheinländer, leidend auf der Tradition einer Jahrhunderte alten Kultur und aus einer spezifischen geistigen Bewusstheit heraus Kulturereignisse von Westen her, wenn sie sie brauchen konnten, willig aufgenommen. Aber sie haben nicht nur westliche, sondern härter noch Einflüsse von Süden und Osten her aufgenommen und sie haben sie vor allen Dingen immer selbstständig als Deutsche und zur Ergänzung deutschen Wesens verarbeitet. Es kann keine Rede davon sein, daß eine Lebensgemeinschaft zwischen Rheinländern und westlichen Romanen bestände. Wenn tatsächlich die Rheinländer westlich eingestuft wären, bräuhnten die Franzosen nicht heute noch nach sechs Jahren der Besetzung zu den bekannten Mitteln der Knechtung der öffentlichen Meinung durch Zeitungsstillstand und Ausweklungen zu greifen.

Noch kein Ende des Werftarbeiterstreiks

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Hamburg, 22. April. In einer Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte der organisierten Werftarbeiter beschloß man sich mit dem Angebot der Werftbesitzer auf Wiederaufnahme der Arbeit am Mittwoch, den 23. April. Es wurde einstimmig beschlossen, den Werftarbeitern zu empfehlen, das Angebot abzulehnen und trotz des bereits 8 Wochen dauernden Kampfes weiter im Ausstand zu verharren. Als Grund für diesen Beschluß wurde betont, daß künftig an den Werften maßgebende Arbeitsbedingungen nur unter Mitwirkung der Gewerkschaftsvorstände zu erzielen seien.

Volksentscheid über den Achtstundentag.

Berlin, 22. April. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf Antrag des Deutschen Textilarbeiterverbandes beschlossen, die Frage des Achtstundentages auf dem Wege über den Volksentscheid zur Entscheidung zu bringen.

Blutiger Zusammenstoß in Paris.

Paris, 22. April. Anlässlich der Feier einer Fabneinsehung sowie eines Trauergottesdienstes für den verstorbenen Kaskadentänzer in Paris Bonjervillais kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Kaskadern und Kommunisten. Messerstücke und Schiffe wurde geworfen. Die Polizei mußte einschreiten und die Ruhe wieder herstellen.

Ewen Hedin Präsident der schwedischen Akademie.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Stockholm, 22. April. Der berühmte schwedische Forscher Ewen Hedin ist zum Präsidenten der schwedischen Akademie der Wissenschaften ernannt worden.

Eleonore Duse †.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Neuyork, 22. April. Die in Neuyork verstorbene Sängerin Eleonore Duse wird von Pittsburg nach Italien gebracht werden, wo ihr ein nationales Begräbnis gebracht werden soll.

Die Voraussetzung aber für die Erhaltung der deutschen Kultur ist allerdings die Freiheit, politische Freiheit, innere Freiheit und wirtschaftliche Freiheit. Deutsches Land muß deutsch bleiben. In deutschen Gebieten muß volle deutsche Souveränität bestehen. Nichts hat dem französischen Kultureinfluß in Deutschland nach dem Kriege so geschadet, wie das völlerrechtlich unerhörte Auftreten der Franzosen in den besetzten Gebieten. Wir müssen also durch die Wahlen eine Außenpolitik ermöglichen, die diesen Verhältnissen ein Ende macht. Wir müssen uns jedoch dabei von Anfang an klar sein, daß mit dem bloßen Reinjagen, mit dem blindwütigen Anlaufen gegen die übermächtige Gewalt nichts erreicht, dagegen unter Umständen fremdländischer Druck auf deutsche Volksgenossen nur noch verstärkt wird. Eine Politik der Unbesonnenheit wäre also keineswegs deutsch, sondern würde nur fremden Einflüssen Vorschub leisten. Wer im Wahlkampf, um seine Pläne in dieser Beziehung befragt, keine andere Antwort weiß als: das halten wir vorläufig geheim, kann nicht das Vertrauen des deutschen Volkes für sich beanspruchen, daß er außenpolitisch mehr erreichen wird als das letzte Kabinett. Gerade weil es um eine allge-

meine deutsche Sache geht, um die Erhaltung der deutschen Kultur, die uns allen am Herzen liegt, muß eine Form der Verweigerung einzelner, sondern eine Politik gemacht werden, bei der möglichst große Teile des deutschen Volkes einmütig zusammenstehen.

Innere Freiheit aber bedeutet eine Politik des gegenseitigen Verständnisses, des gemeinsamen Zusammenarbeitens mit allen Teilen des Volkes. Mit Terror, Gewaltmaßnahmen und Gefinnungsanwandlung wird nichts erreicht. Wirtschaftliche Freiheit. Ohne diese ist selbstverständlich eine Entwicklung des deutschen Kulturlebens nicht möglich. Nicht als ob der Kulturträger reich sein müßte; aber alle Kultur setzt wie die äußere politische so auch eine innere wirtschaftliche Unabhängigkeit voraus. So wie jetzt können wir auf die Dauer nicht leben. Das ist für ein Kulturvolk unerträglich. Das zeigt der katastrophale Niedergang des Mittelstandes, der ja am deutschen Kulturleben einen so großen Anteil gehabt hat. Wir brauchen wirtschaftliche Atemmöglichkeit und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit. Wir brauchen dazu eine feste Wehrung, die Befreiung von unnötigen wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen und die Verhinderung von Entwürfungen, die zur Ausbeutung und wirtschaftlichen Terrorisierung großer deutscher Volksteile führen. Nicht ein Teil oder ein Stand darf auf Kosten der übrigen leben, sondern alle zusammen müssen gemeinsam an ein gemeinsames Werk Hand anlegen, wie Glieder und Organe desselben Körpers. Nur wer durch seine Wahl dazu beiträgt, daß eine in diesem Sinne aktionsfähige Regierung aufgestellt werden kann, beweist, daß ihm das große deutsche Gemeinziel, die Erhaltung der deutschen Kultur, wirklich am Herzen liegt.